

CIO informiert das Kabinett und den IKT-Beirat über den aktuellen Stand der Kooperationsgespräche mit "Dataport"

Das Ministerium der Finanzen legt, seitdem die Zuständigkeiten hier gebündelt worden sind, stärkeres Augenmerk auf ein hohes Niveau im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).

Angesichts der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung auch im öffentlichen Dienst und des Konsolidierungskonzeptes der Landesregierung war es angezeigt, effektive Kooperationen mit anderen Ländern auszuloten.

Deshalb ist es seit geraumer Zeit das Ziel der Landesregierung, Dataport (eine Anstalt des öffentlichen Rechts) zukünftig als zentralen IKT-Dienstleister des Landes nutzen zu können. Dataport ist dabei erste Wahl, weil es dort bereits reichhaltige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit mehreren Bundesländern gibt. Um dieses Potential für Sachsen-Anhalt nutzen zu können, ist der Beitritt zum nordostdeutschen Verbund Voraussetzung. Diese Zusammenarbeit im Verbund eröffnet gleichzeitig gemeinsam mit den übrigen Trägerländern (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen) weitere strategische Handlungsoptionen im Bereich IKT.

Der Beitritt zum Trägerverbund wird zum 01.01.2013 angestrebt.

Sachsen-Anhalt würde dann über einen leistungsfähigen IKT-Dienstleister verfügen, der eine hohe Gewähr für die dauerhafte, effiziente und qualitativ hochwertige Erledigung aller Aufgaben in diesem Bereich bietet. Als sog. Kernträgerland bestimmt Sachsen-Anhalt dann zukünftig entscheidend über die Weiterentwicklung von Dataport mit.

Im Auftrag der Landesregierung stimmt der verantwortliche Staatssekretär Jörg Felgner gegenwärtig den Entwurf des Staatsvertrags ab, der noch in diesem Jahr den Landesregierungen der Trägerländer von Dataport zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Zurzeit wird mit externer Unterstützung eine erste Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgenommen. Sie soll im Oktober vorliegen. Die ersten, jetzt schon möglichen Einschätzungen sind positiv.

Im Landesrechenzentrum hat eine erste Bestandsaufnahme stattgefunden, die bis Ende Oktober abgeschlossen sein soll. Grundsätzlich soll es zu einer vollständigen Verlagerung aller IKT-Verfahren und Aufgaben, die durch das LRZ erledigt werden, zu Dataport kommen.

Dataport wird voraussichtlich in Magdeburg eine Niederlassung errichten.

Das politische Ziel ist es, mit einem Beitritt zum Staatsvertrag eine Kooperation mit den Trägern von Dataport einzugehen. Die angestrebte Kooperation hat das Ziel, Dataport nur zum IKT-Dienstleister für Sachsen-Anhalt zu entwickeln, die politische Steuerung im IKT-Bereich bleibt selbstverständlich beim Land.

In einem ersten Schritt werden Verfahren von Dataport übernommen, die bislang vom LRZ betrieben werden. Den Ressorts steht danach die Tür der Kooperation zum gemeinsamen Betrieb ihrer Verfahren im Verbund ebenfalls offen.

Der umfassenden Information und Kommunikation mit den Betroffenen und Beteiligten kommt eine große Bedeutung zu. Wichtige Informationen werden daher fortlaufend über die IKT-Gremien des Landes übermittelt, zum Beispiel im IKT-Beirat des CIO. Neben den Fraktionsmitgliedern werden hier auch die Vertreter der regionalen Wirtschaft sowie Vertreter von

Wissenschaft und Forschung beteiligt. Erst gestern tagte der Beirat und wurde aus erster Hand über den aktuellen Stand der Gespräche informiert. Die nächste Sitzung findet im November statt.

IKT-Beirat

Der IKT-Beirat ist ein Kommunikations- und Informationsgremium. Er soll den CIO beratend unterstützen.

Ihm gehören an: Vertreter der Landtagsfraktionen, Vertreter der Wirtschaft (IHK MD und HAL-Dessau, VITM, KITU) und der Hochschulen (OvG, MLU, HS MD-Stendal, HS Harz).